

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltes 2011

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

warum führt uns unser Wirtschaftssystem seit Jahrhunderten immer wieder in wirtschaftliche und schließlich auch politische Katastrophen?

Dieser Frage gehen seit Jahren und nun wegen der immer noch anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt die Volkswirtschaftsgelehrten vieler Länder nach.

Für viele Volkswirtschaftler ist das Problem identifiziert. Unser Wirtschaftssystem ist auf Zins und Zinseszins aufgebaut. Das Geld verzinst sich, wird mehr und mehr - und das geschieht durch den Zinseszinseffekt immer schneller.

Der Zinseszinseffekt bedeutet, dass sich in den kommenden Jahren ja nicht nur das ursprüngliche Geld verzinst, sondern auch die Zinsen, die man in den Jahren zuvor kassiert hat. Also ist noch mehr Geld da, das Zinsen haben will.

Dazu muss es aber jemanden geben, der es sich leiht und Zinsen bezahlt. Daher brauchen wir immer neue Konsumenten, die sich Geld leihen, um damit zu konsumieren oder zu investieren.

Dass ein System auf der Basis von Zins und Zinseszins nicht dauerhaft existieren kann, ist mit einem einfachen Beispiel erklärt:

Kennen Sie den **Josefscent**?

Hätte Josef vor etwa 2000 Jahren auch nur einen einzigen Cent für seinen Sohn Jesus mit 5 % Zinsen angelegt, was schätzen Sie, wie hoch das Vermögen seiner Nachkommen heute wäre?

Nun, es wäre eine unaussprechliche Zahl mit 41 Stellen. In Gold ausgedrückt kämen wir auf circa 295 Milliarden Weltkugeln aus purem Gold.

Selbst wenn wir bei der Gründung unserer Stadt vor 925 Jahren einen solchen Cent zu diesen Bedingungen angelegt hätten, hätten wir heute insgesamt ein Vermögen mit 18 Nullen.

Ein Wert, der größer ist als die Bruttoinlandsprodukte der gesamten Weltgemeinschaft zusammen.

Sie sehen, dass solche Systeme schon mathematisch an ihre Grenzen stoßen und offenkundig nach einer gewissen Zeit scheitern müssen, um dann wieder neu zu beginnen.

Die derzeitigen Irrungen und Wirrungen um die ständig wachsende Geldmenge des Dollars und des Euros und die Flucht vieler in den vermeintlich sicheren Hafen des Schweizer Frankens mit den negativen Auswirkungen für uns, sind sicher auch Folge dieser Probleme.

Dass sich daraus in der Zukunft eine große Inflationsgefahr ergibt, die möglicherweise dem Staat sogar entgegenkommt, bezweifelt niemand ernsthaft.

Auch wenn uns als Bürgern seitens des Staates immer wieder versichert wird, dass die Inflation praktisch nicht vorhanden ist, so ergibt sich bei einer einfachen Rechnung ohne Berücksichtigung des Warenkorbes eine Inflationsrate von 10,1 % für das Jahr 2008 und eine Inflationsrate von 8,5 % für das Jahr 2009.

Dass Großbanken anlässlich dieser Zahlen eine Eigenkapitalverzinsung von 20 % fordern, scheint wirtschaftlich dann zumindest verständlich.

Natürlich müssen wir jetzt die Frage stellen, was das alles mit unserer Stadt Hückeswagen zu tun hat.

Nun, wir sind Teil dieses Systems und hängen mittlerweile unmittelbar von Entscheidungen staatlicher Banken und sogar der Entwicklung anderer Währungen ab. Insoweit können wir uns sicher auf eine spannende Zukunft einstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das nun zu Ende gehende Jahr 2010 war wieder ein sehr ereignisreiches Jahr für uns.

Wir galten im abgelaufenen Jahr als „reiche Stadt“, waren deshalb abundant, bekamen also keine Schlüsselzuweisungen. Zeitgleich sanken die Geerbsteuereinnahmen um mehr als die Hälfte, so dass sich ein Haushaltsloch von fast 10 Mio. € auftat. Also wahrlich ein schweres Jahr!

Aber trotz der Krise ist wieder einmal unglaublich viel passiert:

Im März erhielten wir die Nachricht, Ausrichter des NRW Tages 2013 sein zu dürfen. Ein großes Kompliment an unsere Stadt! Ebenfalls im März haben wir unser Bürgerarchiv eröffnet. Im April begannen wir mit dem Bau des Radweges auf der Bahntrasse, im Mai weihten wir das erste Teilstück bereits ein. Im Juni legten wir den Grundstein des Berufskollegs Hückeswagen, im Juli startete der Bürgerbus, ebenfalls im Juli begannen wir den Umbau der Erich Kästner Schule. Im gleichen Monat übergaben wir der Feuerwehr den neuen Rüstwagen,

Ende Juli fand der Ehrenamtsabend zur 925 -Jahr -Feier statt, der fantastische Festzug zur 925- Jahr- Feier war ein schöner Erfolg.

Im September diskutierten wir das Einzelhandelskonzept, nahmen erfolgreich am NRW- Tag in Siegen teil und bereiteten den Schulentwicklungsplan vor.

Im Oktober und November letzten wir zusammen mit unseren Nachbarn in Wipperfürth das zentrale Forderungsmanagement und das regionale Gebäudemanagement um.

Doch natürlich war das Jahr 2010 bestimmt durch die größten Investitionen der Stadt in den letzten Dekaden: dem Bau der Stadtstraße, der Wupperauen, des Schloßhagens und des Radweges.

Diese Maßnahmen verliefen allesamt sehr professionell und erfolgreich.

Insoweit konnten wir ein Haushaltsjahr, das von der Krise gezeichnet war, sehr erfolgreich abschließen.

Dazu möchte ich mich an dieser Stelle öffentlich bei Ihnen für ihr konstruktives Mittun und die klugen Beschlüsse bedanken, ganz besonders aber bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sehr gute Arbeit abgeliefert haben.

Doch nun konkret zum Haushalt 2011:

Der Erfolgsplan des Jahres 2011 hat einen Fehlbedarf von rund 2,1 Millionen €. Dieses Defizit liegt aber unterhalb des Schwellenwertes der Gemeindeordnung, so dass wir auch für das kommende Jahr **kein** Haushaltssicherungskonzept aufzustellen haben.

In Zeiten wie diesen ist alleine diese Botschaft ein Erfolg, da wir damit in der kommunalen Familie derzeit die Ausnahme sind und unsere politische Freiheit bewahrt haben.

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr kommen wir nun wieder in den Genuss von Schlüsselzuweisungen in Höhe von circa 4,4 Millionen € und auch bei der Gewerbesteuer rechnen wir mit einer Erholung der Konjunktur, die sich dann auch monetär in der Stadtkasse niederschlägt.

Der Anteil der Einkommensteuer wird sich voraussichtlich wieder nach unten bewegen. Insgesamt gehen wir aber von einer leichten Erholung der Steueraufkommen aus, liegen aber noch weit unter den guten Ergebnissen der Jahre 2008 und 2009.

Trotzdem bin ich der Auffassung, dass wir in der kommunalen Welt kein Einnahmeproblem sondern ein Ausgabeproblem haben. Während wir als Stadt Hückeswagen seit Jahren bemüht sind, Strukturen wirtschaftlich und effizient zu gestalten, sogar eigene Abteilungen aufgeben und mit Nachbarstädten gemeinsam organisieren, ist diese Verwaltungspraxis leider nicht bei allen Behörden üblich.

Auch die Evaluation von bestimmten Verwaltungshandlungen wird bei Umlageverbänden nur sehr ungern angewendet.

Wurde beispielsweise je danach gefragt, ob sich die üppig besetzte Wirtschaftsförderung des Kreises wirklich positiv auswirkt?

Wurde je geprüft, ob die zahlreichen Neueinstellungen im Jugendamt wirklich zu Kosteneinsparungen geführt haben?

Die Erfahrung lehrt, dass Strukturen, die geschaffen wurden, Bestand haben und von sich selbst glauben, unabkömmlich zu sein und deshalb selten wieder abgeschafft oder verkleinert werden.

So haben wir im Jahr 2011 mit einer Kreisumlage zu kämpfen, die insgesamt circa 70,9 % der Umlagegrundlagen ausmacht! Das ist eine Steigerung um 7 %-Punkte beziehungsweise um 11 %.

Damit überweisen wir selbst in schlechten Jahren circa 11 Mio. € gen Süden.

Wenn in einer oberbergischen Zeitung nun zu lesen war, dass die Steigerung der Umlage prozentual zwar hoch, in absoluten Zahlen nach Meinung des Kreises aber doch moderat sei, zeigt das, wo unser Problem wirklich liegt.

Wenn man bei sich halbierenden Steuereinnahmen trotzdem absolut mehr Kreisumlage zahlen muss, ist das eine doppelte Bestrafung!

Wie man das anders bewerten kann, überfordert meine Phantasie.

Ob es mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung vereinbar ist, dass über 70 % der gesamten Umlagemasse von dem Kreis abgeschöpft werden, mag man mit Recht bestreiten und wird gegebenenfalls auch von Gerichten zu klären sein. Gleichwohl wird hier deutlich, wie ich bereits seit Jahren feststelle, dass dieses Umlagesystem nicht mehr funktioniert.

Um dieses prozentuale Mehr an Kreisumlage zu finanzieren, müssen wir ihnen eine Steuererhöhung vorschlagen. So werden wir nicht umhin kommen, sowohl die Gewerbesteuer wie auch die Grundsteuer B zu erhöhen, um zumindest einen Teil dieser Aufwendungen zu refinanzieren.

Ich sage aber auch zu, dass, wenn der Kreis auf die Vorschläge der Bürgermeister eingeht und von einer derartigen Erhöhung absieht, diese Steuererhöhung nicht beschlossen werden muss. Insoweit appelliere ich an die Entscheidungsträger in Gummersbach diesen Konnex wahrzunehmen und sich so zu verhalten, wie es der gesunde und fachkundige Menschenverstand gebietet.

Bis zur Beschlussfassung des Haushaltes im März des nächsten Jahres werden wir sicher Klarheit haben.

Verschweigen möchte ich ebenfalls nicht, dass in dem vorliegenden Haushalt der worst case der Kreisumlagerenerhöhungen abgebildet ist und das Verhindern des Haushaltsicherungskonzeptes nur durch eine Realisierung der stillen Reserven möglich geworden ist. Insoweit ziehen wir uns schon aus, um das HSK zu verhindern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der vor ihnen liegende Haushaltsplanentwurf ist unter Beachtung der Rahmendaten durchaus als ausgewogen zu bezeichnen.

Während die vergangenen Jahre durch hohe Investitionen gekennzeichnet waren, geht es im nächsten Jahr darum, die Investitionen abzuschließen und das Augenmerk auf die Pflege und Unterhaltung der wichtigen Strukturen und Einrichtungen zu legen.

So wird es in den nächsten Jahren bis auf den Bau der Straße Brunsbachtal und den Wegebau rund um die Bever keine größeren Investitionen geben.

Unseren Kurs des weiteren Abbaus der Schulden werden wir konsequent fortsetzen.

Der Fokus der nächsten Jahre wird auf der Zukunftssicherung, dem weiteren Ausbau der Shared-service- Projekte und der Wirtschaftsförderung liegen.

Trotz aller negativer Nachrichten müssen wir weiter daran arbeiten, interessant für Menschen und Unternehmen zu sein, müssen daran arbeiten, unsere Stärken weiter auszubauen und für manche positive Überraschung gut zu sein.

Die Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums sind vorbei. Deshalb werden wir auch Schrumpfungsszenarien in manchen Bereichen durchspielen müssen und von Umlageverbänden und Staat ebenfalls fordern, dass man diese Tendenzen zur Kenntnis nimmt und das Handeln darauf abstimmt.

Umso wichtiger wird es für uns sein, dann von einer städtischen Politik zehren zu können, die den Fokus auf Nachhaltigkeit und Verantwortung gelegt hat.

So werden wir auch in dem nächsten Jahr 2011 wieder versuchen, für so manche Überraschung zu sorgen, werden unsere Freiheit verteidigen und dabei nie vergessen, dass wir gemeinsam Verantwortung tragen für unser Gemeinwesen und für die Zukunft derer, die uns folgen.

Bevor Herr Tillmanns Ihnen nun einige konkrete Zahlen vorstellt, und möchte ich mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die wieder mit großem Engagement und ihren Input gegeben haben.

Sie, meine Damen und Herren, möchte ich ermuntern, diesen Plan zwar mit ein wenig Stolz und Dankbarkeit aber auch mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein für unsere Zukunft zu diskutieren.

Vielen Dank für Aufmerksamkeit